

diesem Antrage Rechnung zu tragen, dies hebt diesen Antrag noch keineswegs auf, ich erachte ihn als noch fortbestehend. Da nun eine Centralgewalt für Deutschland wieder existirt, so erlaube ich mir die Anfrage an die Staatsregierung zu richten und die Erklärung zu fordern, ob sie auch bei dem wieder ins Leben getretenen Bundestag Gelegenheit genommen habe, diesem ausgesprochenen Wunsche der damaligen Deputation nach Kräften auch dort Geltung zu verschaffen. Ich habe zu erwarten, welche Erklärung ich von Seiten der hohen Staatsregierung in Bezug auf diese Angelegenheit erhalte und will für den Augenblick von einem darauf bezüglichen Antrage absehen.

Abg. Georgi: Es ist von einer Seite der Deputation der Vorwurf gemacht worden, daß sie in dem Antrage am Schlusse ihres Berichts nicht weit genug gegangen sei; die Deputation hat aber dies nach reiflicher Erwägung gethan. Bei aller Wärme ihres Interesses für die nationale Angelegenheit, die dieser Schlußantrag berührt, bei aller Ueberzeugung, wie diese Angelegenheit mit der Ehre, der Sicherheit und dem Ansehen des Deutschen Bundes innig zusammenhänge, hat sie doch geglaubt, Alles vermeiden zu müssen, was dem Ausdrucke ihrer Sympathie eine Färbung geben könnte, die sie nicht haben sollte und die sie nicht hat. Wir dürfen uns nicht verhehlen, meine Herren, daß die Regierung des Landes, das uns hierbei gegenüber steht, vielfach bemüht ist, die Sympathien, welche sich in Deutschland für die Angelegenheit der Herzogthümer kundgeben, als einen Ueberrest der Freiheitsbestrebungen aus dem Jahre 1848, als das Ergebnis einer politischen Schwärmerie, bei den Regierungen, namentlich bei denen der europäischen Großmächte zu verdächtigen. Die Deputation ihrerseits glaubte also wenigstens Alles vermeiden zu müssen, was Anstoß in dieser Richtung geben könnte. Die Deputation mußte besorgen, daß außerdem, wenn Das, was hier geschieht, irgend eine Bedeutung überhaupt hat, es mehr dem Gegner als der Seite nützen würde, der wir ja doch wünschen müssen zu nützen. Das ist hauptsächlich der Grund gewesen, warum die Deputation nicht weiter gegangen ist. Begnügen Sie sich, meine Herren, mit Dem, was die Deputation Ihnen vor schlägt, mit der Erklärung zu Protokoll, über die die Abstimmung, hoffentlich einstimmig, in dieser Kammer stattfinden wird und muß, und geben wir uns der Hoffnung hin, daß die große Mäßigung, die große Geduld, welche die deutschen Regierungen und der Deutsche Bund dieser Angelegenheit gegenüber bewiesen haben, ihre Grenze haben und nicht das Gepräge der Halbheit und der Schwäche sich werden ausdrücken lassen.

Präsident Dr. Haase: Wünscht sonst noch Jemand im Allgemeinen über diese Angelegenheit das Wort?

Staatsminister v. Beust: Da der Schluß des Berichts der geehrten Finanzdeputation, obwohl er meines

Wissens noch nicht zur Verlesung gelangte, dennoch Gegenstand mehrfacher Aeußerungen war, so glaube ich meinerseits Dasjenige, was ich in Bezug auf die Aeußerungen der geehrten Vorredner zu sagen habe, mit einem Hinblick auf eben jenen Schlußsatz des Berichts beginnen zu sollen, und zwar deshalb, weil der Gegenstand desselben ein solcher ist, der das allgemeine Interesse in diesem Augenblicke am lebhaftesten angeregt hat. Die Kundgebung, von welcher ich hier spreche, entspricht einer Gesinnung, welche die Staatsregierung ihrerseits vollständig theilt, und ich kann deren Einverständnis damit umsomehr erklären, als diejenigen Ansichten und Wünsche, welche der Bericht entwickelt und in Bezug auf welche er darauf anträgt, daß die Kammer zu Protokoll ihr Einverständnis erklären möge, sich genau in den Instructionen wiederfinden, welche schon vor einiger Zeit an den diesseitigen Bundestagsgesandten ergangen sind. Ich kann aber zugleich der hohen Kammer die Versicherung ertheilen, daß die Gesamtheit der deutschen Regierungen das Ziel, welches der Bericht als das dem Deutschen Bunde vorgesteckte bezeichnet, mit ungestörter Einmüthigkeit, mit wohlbedachtem Ernste und mit ruhiger Festigkeit verfolgt, und eben deshalb kein Zweifel daran erlaubt ist, daß dieses Ziel auch erreicht werde. Die Erwartung, welche der Bericht am Schlusse ausspricht, darf und kann daher keine andere Deutung haben, als die eines wohlbegründeten und vollständig gerechtfertigten Vertrauens. Der Deutsche Bund, dessen sei man überzeugt, wird sich nicht beirren lassen, sei es durch herausfordernde Maßregeln oder durch scheinbare Nachgiebigkeit des Gegners, mit dem er es zu thun hat. Allein er wird sich ebensowenig beirren lassen durch jene Ungeduld, welche in einem Theile der deutschen Presse von Zeit zu Zeit hervortritt und sich bald in besorgnißvoller, bald in vorwurfsvoller Weise kund thut. Ich bin sehr gern geneigt zu glauben und bin aufrichtig davon überzeugt, daß Stimmen dieser Art, wenigstens in entschieden überwiegender Mehrzahl, derselben Gesinnung angehören, welche den Antrag des Berichts hervorgerufen hat, eine Gesinnung, welche, wie ich eben bemerkte, auch die Regierung theilt. Allein verbergen kann ich nicht und ich habe im Gegentheile es für Pflicht gehalten, es in diesem Saale hervorzuheben, daß Stimmen dieser Art nicht dazu beitragen, die Erreichung des hier gemeinsam angestrebten Zieles zu fördern. Es thut in der That noth, daß gerade in einem solchen Augenblicke und in einer solchen Frage der Deutsche es über sich gewinne, nicht den ihm angeborenen Pessimismus zur Schau zu tragen und durch die ihm eigenthümliche Hinneigung zur Bemäkelung der eignen verfassungsmäßigen Zustände dieselben in der Achtung des Auslandes herabzusetzen. Darf man sich denn wundern, wenn auf dem dänischen Reichstage und in dänischen Blättern Aeußerungen fallen, welche, wenn nicht geradezu Geringschätzung, doch einen entschiedenen Zweifel über den Deutschen Bund, über den Ernst seiner Beschlüsse, über